

Regierungsratsbeschluss

vom 20. Februar 2018

Nr. 2018/220

**Auftrag Hardy Jäggi (SP, Recherswil): Verhinderung von staatspolitischen und demokratischen Sündenfällen
Stellungnahme des Regierungsrates zum Änderungsantrag der JUKO vom 1. Februar 2018 zum Auftrag A 0123/2017 (STK)**

1. Erwägungen

Die Justizkommission hat an ihrer Sitzung vom 1. Februar 2018 den obengenannten Auftrag (RRB Nr. 2017/2016 vom 28. November 2017) behandelt und beantragt die Erheblicherklärung des Auftrages mit folgendem Wortlaut:

Der Regierungsrat wird beauftragt, eine Gesetzesvorlage zum Gesetz über die politischen Rechte vorzulegen, dass für kommunale Majorzwahlen für einen zweiten Wahlgang neue Kandidaturen zugelassen werden.

2. Beschluss

Der Regierungsrat stimmt dem Änderungsantrag der Justizkommission vom 1. Februar 2018 zu.



Andreas Eng
Staatsschreiber

Beilage

Änderungsantrag JUKO vom 1. Februar 2018.

Verteiler

Staatskanzlei (eng, rol)
Aktuarin JUKO (stb)
Parlamentdienste
Traktandenliste Kantonsrat